

Verantwortl. Redakteur: R. O. Köhler in Stettin.

Verleger und Drucker: R. Graumann in Stettin, Kirchplatz 3—4.

Bezugspreis: in Stettin monatlich 50 Pf., in Deutschland 2 M.  
wöchentlich; durch den Briefträger ins Haus gebracht  
 kostet das Blatt 50 Pf. mehr.Anzeigen: die Petizile oder deren Namn im Morgenblatt  
 15 Pf., im Abendblatt und Neptunen 30 Pf.

# Stettiner Zeitung.

## Abend-Ausgabe.

### Land deutscher Landwirthe.

Berlin, 18. Februar.

Eine Massenversammlung der Landwirthe Deutschlands fand heute Nachmittag im großen Saale der auf dem Kreuzberg gelegenen Tivoli-Brauerei statt, um den augenblicklich schwelenden wirtschaftlich-politischen Fragen Stellung zu nehmen. Der Beginn der Versammlung war auf 3 Uhr Nachmittags angelegt, allein schon gegen 1 Uhr fuhren Droschen auf Droschen die Belle Alliance Straße entlang dem Versammlungs-Ort zu. Die Pferdeabmägen, die nach dem Kreuzberg fuhren, waren sämtlich überfüllt.

Als der Referent gegen 1½ Uhr Mittags auf dem Kreuzberg antrat, war es demselben nur mit großer Mühe möglich, den Saal und einen Verkäufer-Platz zu gelangen. Gegen 3 Uhr in der Saal, obwohl alle Türe aus demselben entfernt waren, geradzu unheimlich überfüllt.

Der Vorsitzende des deutschen Bauernbundes, Rittergutsbesitzer v. Ploch (Dörlingen) teilte vor Eröffnung der Versammlung mit: "Ich habe, mit Rücksicht auf den großen Anfang, an das Polizeipräsidium die Bitte gestellt, die Abhaltung der Versammlung unter freiem Himmel zu gestatten. Das Polizeipräsidium habe geantwortet, dass dies mit Rücksicht auf die Bestimmungen des preußischen Vereins-Gesetzes nicht gestattet werden sollte." Er erfuhr nun, dass einige Herren den draußen das Kommando führenden Polizei-Offizier bitten, die Herren, die keinen Einfall mehr finden, an die Fenster treten zu lassen. Mit Erlaubnis der Polizei werden Thüren und Fenster geöffnet werden, damit auch die draußen stehenden etwas hören können. — Nach einiger Zeit teilte ein Herr mit: Der Polizeioffizier habe erklärt, dass er die ihm vorgetragene Bitte nicht erfüllen könne.

Rittergutsbesitzer v. Ploch erfuhr, alsdann die Versammlung mit einem Hoch auf den Kaiser und die deutschen Bundesfürsten, in das die Versammelten dreimal einstimmten. Auf Vorschlag des Herrn v. Ploch, der die Versammlung leitete, wurde zugleich beschlossen, an den Kaiser ein Begeisterungstelegramm zu senden. v. Ploch bemerkte alsdann: Der See, einen Bund der deutschen Landwirthe zu gründen, haben sich sofort viele Tausende von deutschen Landwirthen angegeschlossen. Das beweist nicht bloß diese Versammlung, das beweisen noch mehr die ihm zugesandten Zustimmungsdeclarungen. Der neu zu begründende Bund will nur eine Politik treiben, deutsche Wirtschaftspolitik. Fraktions-Politik soll dem Bunde fern liegen. Wir wollen die bekannten Worte des Fürsten Bismarck: "Schutz der deutschen Landwirtschaft" wieder zur Wahrheit machen. (Stürmischer Beifall.)

Es wurde alsdann einstimmig die Begründung des Bundes deutscher Landwirthe beschlossen und ein Programm angenommen.

Die grundlegenden Bestimmungen sind:

Der Zweck des Bundes ist: alle landwirtschaftlichen Interessen ohne Rücksicht auf politische Parteistellung und Größe des Besitzes zur Wahrung des Landwirtschaftsgebietes gebildenden Einflusses auf die Gesetzgebung zusammenzuschließen, um der Landwirtschaft eine ihrer Bedeutung entsprechende Vertretung in den parlamentarischen Körperschaften zu verschaffen.

Dieser Zweck soll erreicht werden:

1. durch Besprechung und Beschlüsse der Mitglieder in Versammlungen;

2. durch Einwirkung auf die Wahlen, damit unabhängige Männer in die Parlamente gewählt werden, welche bereit sind, auch die Interessen der Landwirtschaft gerechter Weise energisch wahrzunehmen und zu diesem Zwecke beizutreten;

3. durch angemessene Vertretung der landwirtschaftlichen Interessen in der Deutschen Reichsversammlung.

Eine als Petition dem Reichstag zu unterbreitende Resolution sagt:

"Die heute hier versammelten Vertreter der Landwirtschaft aus allen Theilen Deutschlands erklären: Wir verlangen, dass die Grundlagen, auf welchen die Stärke unseres Vaterlandes beruht, unverfehrt erhalten bleiben. Von diesem Verlangen besteht und überzeugt, dass nach angenommen einer starken Militärmacht uns den Frieden, dessen wir bedürfen, erhalten kann, und wir zu jedem Opfer bereit, welches hierfür verlangt wird. Wir sind aber von der festen Überzeugung durchdrungen, dass die dauernde und sichere Grundlage für unseres Vaterlandes Macht und Größe in dem Gedanken der Landwirtschaft beruht. Die Gesetzgebung der letzten Jahre verbunden mit den abgeschlossenen Handelsverträgen hat aber nur in Hand in Hand gehen mit der Verbesserung der deutschen Landwirtschaft. Wenn erst die deutsche Landwirtschaft wieder blüht, dann wird auch Handel und Industrie wieder blühen, wenn dann wird das deutsche Volk wieder künftig werden. Deshalb ist es notwendig, dass wir Landwirthe uns zusammen schließen und ohne jede Fraktionspolitik für die Interessen der deutschen Landwirthe eintreten. Ich ersuche Sie, der Bildung des Bundes der deutschen Landwirthe einstimmig zuzustimmen. (Beifall.)"

Rittergutsbesitzer v. Wangenheim (Al. Spiegel) kam dem Vorträger nur zustimmen. Der deutsche Bauer sei von Natur aus königlich, aber er müsse Opposition machen, wenn man ihm seine Existenz untergraben will. Es müsse zur allgemeinen Kenntnis gelangen, dass es der deutschen Landwirtschaft schlecht geht, es auch den anderen Ständen nicht gut gehen könne. Dass dieser selbstverständliche Sach noch so wenig verstanden werde, verschulde der Umstand, dass wir keine Presse haben, die dies den Städtebewohnern klar macht. Deshalb müssen wir den Bund gründen, der die uns nothwendige Presse schafft. (Beifall.)

Abg. Dr. v. Freytag bezeichnete es als eine Überhebung des Abg. Bamberger, dass der sozialdemokratischen Abgeordneten, dass diese sich als Vertreter der deutschen Landwirthe gebeten. Der neu zu begründende Bund solle keine Fraktionspolitik treiben, er müsse aber von dem Kandidaten, der in den Reichstag oder Landtag gewählt werden sollte und auf die Stimmen der Landwirthe speziell, die stiftliche Beantwortung verlangen, ob er eintreten wolle: 1. für die Wehrhaftmachung des deutschen Vaterlandes, 2. für Ordnung und deutsche Sitte und 3. für gesetzliche Maßregeln zum Schutze der deutschen Landwirtschaft. Der letzte Kandidat, der das nicht risikofrei bejaht, könne nicht von den Landwirthen gewählt werden. (Beifall.) Der Bund müsse ferner dafür wirken, dass die von ihm aufgestellten Kandidaten allem

Streberbum und aller Liebedienerei fernbleiben.

Im Übrigen seien der deutsche Landwirt nur eine Politik, d. i. die Treue zu Kaiser und Reich. (Beifall.)

Abg. v. Bülow (Bayern): Er bewirtschaftete ein kleines Gut und sei von den Kleinbauern seiner Heimat in den Reichstag gewählt. Er könne befürchten, dass seine Wähler den hier zu schaffenden Bund mit Freuden begrüßen.

Freiherr v. Thüngen (Rossbach): Die süddeutschen Landwirthe sind mit ihren norddeutschen Kollegen vollständig einverstanden.

Auch wir fühlen, dass es nicht weiter gehen kann. Die Regierung sollte doch bedenken, dass wenn wir von unserer Scholle getrieben werden, an unserer Stelle Nothjäld und Bleichröder, Meyer und Cohn treten. (Stürmischer Beifall.) Wir dürfen uns aber nicht mit Vorschlägen beginnen, wir müssen bemüht sein, unseren Vorschlägen die nötige Gelung zu verschaffen. Dies kann aber nur geschehen, wenn wir geeignete Männer in den Reichstag und die Landtage entsenden. Deshalb ist es erforderlich, dass wir mit den Kleinbauern Hand in Hand gehen. (Stürmischer Beifall.)

Wir sind lange genug Ambos gewesen, an dem die Regierung uns die Parteien herungehauen haben, wir wollen jetzt endlich auch einmal Hammer sein. (Stürmischer Beifall.)

v. Neippenhausen (Kreuzen): Wenn man erwäge, dass die Verbilligung des ländlichen Grundbesitzes in Deutschland vom Jahre 1891 zu 1892 um 200 Millionen Mark gestiegen ist, dann werde man einsehen, dass es hohe Zeit sei, dass die deutschen Landwirthe sich zu gemeinsamen energischen Handeln anstrengen. (Beifall.)

Graf v. Limburg-Stirum: Er begrüßt schon deshalb den Bund, weil es dadurch möglich werde, dass die Nationalliberalen und Freikonservativen den Landwirthen zu Hilfe kommen. Er hofft ein Zusammensein der Landwirthe mit den Städten sehr wohl für möglich, denn die Interessen der Landwirthe widersprechen keineswegs denen der anderen Stände. Im Übrigen begrüßte er es mit Freuden, dass die Landwirthe mit dem Vorgehen der konservativen Abgeordneten einverstanden seien. (Stürmischer Beifall.)

Graf v. Saksarowski: Es habe heute eine Versammlung der Polen stattgefunden. Diese habe beschlossen, in der Landwirtschaftspolitik mit den deutschen Landwirthen Hand in Hand zu gehen. (Stürmischer Beifall.)

Graf v. Murbach (Sorau): Die großartige Bewegung erfüllt ihn mit Genugthuung.

Er wünsche nur, dass die hohen Bogen, die sich

allmählig aus einem agrarischen Trocken gebildet haben, nicht an den Ufern zerstehen. Es sei überzeugt, dass der Bunde zu einer nie geahnten Kraft gelangen und auf der Grundlage einer starken Landwirtschaft sich aufzubauen werde. (Stürmischer Beifall.)

Es wurde alsdann einstimmig die Begründung des Bundes deutscher Landwirthe beschlossen und ein Programm angenommen.

Die grundlegenden Bestimmungen sind:

Der Zweck des Bundes ist: alle landwirtschaftlichen Interessen ohne Rücksicht auf politische Parteistellung und Größe des Besitzes zur Wahrung des Landwirtschaftsgebietes gebildenden Einflusses auf die Gesetzgebung zusammenzuschließen, um der Landwirtschaft eine ihrer Bedeutung entsprechende Vertretung in den parlamentarischen Körperschaften zu verschaffen.

Dieser Zweck soll erreicht werden:

1. durch Besprechung und Beschlüsse der Mitglieder in Versammlungen;

2. durch Einwirkung auf die Wahlen, damit unabhängige Männer in die Parlamente gewählt werden, welche bereit sind, auch die Interessen der Landwirtschaft gerechter Weise energisch wahrzunehmen und zu diesem Zwecke beizutreten;

3. durch angemessene Vertretung der landwirtschaftlichen Interessen in der Deutschen Reichsversammlung.

Eine als Petition dem Reichstag zu unterbreitende Resolution sagt:

"Die heute hier versammelten Vertreter der Landwirtschaft aus allen Theilen Deutschlands erklären: Wir verlangen, dass die Grundlagen, auf welchen die Stärke unseres Vaterlandes beruht, unverfehrt erhalten bleiben. Von diesem Verlangen besteht und überzeugt, dass nach angenommen einer starken Militärmacht uns den Frieden, dessen wir bedürfen, erhalten kann, und wir zu jedem Opfer bereit, welches hierfür verlangt wird. Wir sind aber von der festen Überzeugung durchdrungen, dass die dauernde und sichere Grundlage für unseres Vaterlandes Macht und Größe in dem Gedanken der Landwirtschaft beruht. Die Gesetzgebung der letzten Jahre verbunden mit den abgeschlossenen Handelsverträgen hat aber nur in Hand in Hand gehen mit der Verbesserung der deutschen Landwirtschaft. Wenn erst die deutsche Landwirtschaft wieder blüht, dann wird auch Handel und Industrie wieder blühen, wenn dann wird das deutsche Volk wieder künftig werden. Deshalb ist es notwendig, dass wir Landwirthe uns zusammen schließen und ohne jede Fraktionspolitik für die Interessen der deutschen Landwirthe eintreten. Ich ersuche Sie, der Bildung des Bundes der deutschen Landwirthe einstimmig zuzustimmen. (Beifall.)"

Rittergutsbesitzer v. Wangenheim (Al. Spiegel) kam dem Vorträger nur zustimmen.

Der deutsche Bauer sei von Natur aus königlich, aber er müsse Opposition machen, wenn man ihm seine Existenz untergraben will. Es müsse zur allgemeinen Kenntnis gelangen, dass die deutsche Landwirtschaft schlecht geht, es auch den anderen Ständen nicht gut gehen könne. Dass dieser selbstverständliche Sach noch so wenig verstanden werde, verschulde der Umstand, dass wir keine Presse haben, die dies den Städtebewohnern klar macht. Deshalb müssen wir den Bund gründen, der die uns nothwendige Presse schafft. (Beifall.)

Abg. Dr. v. Freytag bezeichnete es als eine Überhebung des Abg. Bamberger, dass der sozialdemokratischen Abgeordneten, dass diese sich als Vertreter der deutschen Landwirthe gebeten. Der neu zu begründende Bund solle keine Fraktionspolitik treiben, er müsse aber von dem Kandidaten, der in den Reichstag oder Landtag gewählt werden sollte und auf die Stimmen der Landwirthe speziell, die stiftliche Beantwortung verlangen, ob er eintreten wolle: 1. für die Wehrhaftmachung des deutschen Vaterlandes, 2. für Ordnung und deutsche Sitte und 3. für gesetzliche Maßregeln zum Schutze der deutschen Landwirtschaft. Der letzte Kandidat, der das nicht risikofrei bejaht, könne nicht von den Landwirthen gewählt werden. (Beifall.) Der Bund müsse ferner dafür wirken, dass die von ihm aufgestellten Kandidaten allem

Abschluss gefunden. Das Bauhaus S. Bleichröder war von dem Vater des Verstorbenen begründet worden, und schon der Begründer des Hauses hatte die intimen Beziehungen zu den Rothschild'schen Firmen hergestellt. Aber auf die Höhe seiner Entwicklung gelangte das Haus erst unter dem Sohne. Das lag einmal an den allgemeinen Verhältnissen, welche das gesamte deutsche Bau- und Börsengeschäft während der jüngsten Jahrzehnte den mächtigen Aufschwung nehmen ließen, der ihm eine ebenbürtige Stellung neben der französischen und englischen Finanzwelt verschaffte. Soweit hierzu aber die Intelligenz und die Thätigkeit einzelner Persönlichkeiten mitgewirkt hat, ist Gerson von Bleichröder unter den ersten zu nennen. Nachdem sich die preußische Regierung früher einmal durch Bleichröders Rath aus einer Verlegerie gehoben hatte, wurde er am Ende des deutsch-französischen Krieges nach Paris geschickt, um als finanzieller Berater an den Friedensverhandlungen teilzunehmen. Die Nobilitierung, die Bleichröder im Jahre 1872 zu Theil wurde, verdiente er namentlich seiner Mitwirkung an der Durchführung der verwirkteten Finanzoperationen mit Rumänien, an denen eine Reihe hervorragender Mitglieder der preußischen Aristokratie beteiligt gewesen waren. Den rumänischen Geschäftszonen folgte eine unglaubliche Einnahme von Finanzoperationen mit allerhand anderen Staaten, mit Österreich-Ungarn, Italien, Russland, Finnland, Dänemark, Schweden, Holland, der Türkei, Griechenland und Mexiko. Auch in der Finanzierung großer industrieller Unternehmen suchte die Firma ihr Arbeitsgebiet. Hierzu gehörte Mitarbeiter, welche Gerson von Bleichröder für sein Haus zu gewinnen verstanden, vor allen den Bettern und nachmaligen Sojus, der Geh. Kommerzienrat Schwabach, seinerzeit die einzigen Beziehungen, die zwischen dem Fürsten Bismarck und dem Hause Bleichröder bestanden, fanden dem Erfolge in nicht geringem Maasse zu Statten. Sollten die gesammelten Erfolge in einer Ziffer ausgedrückt werden, die allerdings als eine nur ganz annähernde Schätzung anzusehen ist, so dürfte das von Gerson von Bleichröder zurückgelassenen Vermögen auf 100 Millionen Mark zu schätzen sein. Die niedrigste Schätzung, die in diesem Sinne angeführt wird, lautet auf 70 Millionen. Genau eine imponirende Ziffer! Infolgedessen das Leben Gerson von Bleichröder's, das Glück, welches der Besitz eines großen und selbst eines so kolossalen Vermögens genährt, nicht überschätzt werden sollte. So große materielle Erfolge werden nicht erreicht, ohne dass das harte Kampf zu bestehen ist, ohne dass das Leben von Reid und anderen Aufsteigern heimgesucht und verfolgt wird. Das hat Gerson von Bleichröder auf das empfindlichste an sich erfasst, und auch sonst hat ihn das Schicksal wiederholt hart angesetzt. Die Erben seines Bankhauses sind außer dem Geh. Kommerzienrat Schwabach seine Söhne Hans und Georg. Sein Sohn James hat sich schon früher für die Landwirtschaft entschieden; seine Tochter ist in zweiter Ehe mit Herrn von Biedermann in Wien verheirathet. Die Gattin ist Gerson von Bleichröder bereits vor einer Reihe von Jahren im Tode vorangegangen.

Unter dem Verdachte, nihilistische Umtriebe gefördert zu haben, sind hier am Freitag mehrere russische Studenten verhaftet worden. Es sind dies Dr. Helphand, Karinckel, Rogowin, Belditschenski, Rojenstein, Polonski und Kaironski. Mit Dr. Helphand zugleich ist auch dessen Ehemalige verhaftet worden. Ein Vetter des Belditschenski, ein Doktor der Medizin, begab sich vor kurzem nach Russland, um sich dort als Arzt niederzulassen. Er wurde eingesperrt und auf die Peter-Paul-Festung gebracht. Aufzeichnungen in seinen Papieren dichten die russische Behörde voran, dass die Belditschenski ein Mehr von 28 Millionen, die Tabaksteuer ein solches von etwa 1 Million auf. Demzufolge von 29 Millionen stehen allerdings weniger bei der Braunitweinverbrauchsabgabe von 74 und bei der Stempelabgabe von 7,8 Millionen zusammen also von 16,2 Millionen gegenüber. Es würde demzufolge aber immer noch am Ende des Jahres ein Mehr von nahezu 13 Millionen zu verzeichnen sein. Nun ist allerdings vorzusehen, dass die Einnahmen der ersten zehn Monate der Berechnung für das ganze Jahresergebnis zu Grunde gelegt werden, noch immer gegen den Etatsauftrag ein Mehr von 28 Millionen, die Tabaksteuer ein solches von etwa 1 Million auf. Weniger bei der Braunitweinverbrauchsabgabe von 74 und bei der Stempelabgabe von 7,8 Millionen verbleiben würden. Die Zölle und die Tabaksteuer, die Braunitweinverbrauchsabgabe und die Stempelabgaben in Betracht. Die Zölle werden, wenn die Ergebnisse der ersten zehn Monate der Berechnung für das ganze Jahresergebnis zu Grunde gelegt werden, noch immer gegen den Etatsauftrag ein Mehr von 28 Millionen, die Tabaksteuer ein solches von etwa 1 Million auf. Weniger bei der Braunitweinverbrauchsabgabe von 74 und bei der Stempelabgabe von 7,8 Millionen verbleiben würden. Die Zölle und die Tabaksteuer, die Braunitweinverbrauchsabgabe und die Stempelabgaben in Betracht. Die Zölle werden, wenn die Ergebnisse der ersten zehn Monate der Berechnung für das ganze Jahresergebnis zu Grunde gelegt werden, noch immer gegen den Etatsauftrag ein Mehr von 28 Millionen, die Tabaksteuer ein solches von etwa 1 Million auf. Weniger bei der Braunitweinverbrauchsabgabe von 74 und bei der Stempelabgabe von 7,8 Millionen verbleiben würden. Die Zölle und die Tabaksteuer, die Braunitweinverbrauchsabgabe und die Stempelabgaben in Betracht. Die Zölle werden, wenn die Ergebnisse der ersten zehn Monate der Berechnung für das ganze Jahresergebnis zu Grunde gelegt werden, noch immer gegen den Etatsauftrag ein Mehr von 28 Millionen, die Tabaksteuer ein solches von etwa 1 Million auf. Weniger bei der Braunitweinverbrauchsabgabe von 74 und bei der Stempelabgabe von 7,8 Millionen verbleiben würden. Die Zölle und die Tabaksteuer, die Braunitweinverbrauchsabgabe und die Stempelabgaben in Betracht. Die Zölle werden, wenn die Ergebnisse der ersten zehn Monate der Berechnung für das ganze Jahresergebnis zu Grunde gelegt werden, noch immer gegen den Etatsauftrag ein Mehr von 28 Millionen, die Tabaksteuer ein solches von etwa 1 Million auf. Weniger bei der Braunitweinverbrauchsabgabe von 74 und bei der Stempelabgabe von 7,8 Millionen verbleiben würden. Die Zölle und die Tabaksteuer, die Braunitweinverbrauchsabgabe und die Stempelabgaben in Betracht. Die Zölle werden, wenn die Ergebnisse der ersten zehn Monate der Berechnung für das ganze Jahresergebnis zu Grunde gelegt werden, noch immer gegen den Etatsauftrag ein Mehr von 28 Millionen, die Tabaksteuer ein solches von etwa 1 Million auf. Weniger bei der Braunitweinverbrauchsabgabe von 74 und bei der Stempelabgabe von 7,8 Millionen verbleiben würden. Die Zölle und die Tabaksteuer, die Braunitweinverbrauchsabgabe und die Stempelabgaben in Betracht. Die Zölle werden, wenn die Ergebnisse der ersten zehn Monate der Berechnung für das ganze Jahresergebnis zu Grunde gelegt werden, noch immer gegen den Etatsauftrag ein Mehr von 28 Millionen, die Tabaksteuer ein solches von etwa 1 Million auf. Weniger bei der Braunitweinverbrauchsabgabe von 74 und bei der Stempelabgabe von 7,8 Millionen verbleiben würden. Die Zölle und die Tabaksteuer, die Braunitweinverbrauchsabgabe und die Stempelabgaben in Betracht. Die Zölle werden, wenn die Ergebnisse der ersten zehn Monate der Berechnung für das ganze Jahresergebnis zu Grunde gelegt werden, noch immer gegen den Etatsauftrag ein Mehr von 28 Millionen, die Tabaksteuer ein solches von etwa 1 Million auf. Weniger bei der Braunitweinverbrauchsabgabe von 74 und bei der Stempelabgabe von 7,8 Millionen verbleiben würden. Die Zölle und die Tabaksteuer, die Braunitweinverbrauchsabgabe und die Stempelabgaben in Betracht. Die Zölle werden, wenn die Ergebnisse der ersten zehn Monate der Berechnung für das ganze Jahresergebnis zu Grunde gelegt werden, noch immer gegen den Etatsauftrag ein Mehr von 28 Millionen, die Tabaksteuer ein solches von etwa 1 Million auf. Weniger bei der Braunitweinverbrauchsabgabe von 74 und bei der Stempelabgabe von 7,8 Millionen verbleiben würden. Die Zölle und die Tabaksteuer, die Braunitweinverbrauchsabgabe und die Stempelabgaben in Betracht. Die Zölle werden, wenn die Ergebnisse der ersten zehn Monate der Berechnung für das ganze Jahresergebnis zu Grunde gelegt werden, noch immer gegen den Etatsauftrag ein Mehr von 28 Millionen, die Tabaksteuer ein solches von etwa 1 Million auf. Weniger bei der Braunitweinverbrauchsabgabe von 74 und bei der Stempelabgabe von 7,8 Millionen verbleiben würden. Die Zölle und die Tabaksteuer, die Braunitweinverbrauchsabgabe und die Stempelabgaben in Betracht. Die Zölle werden, wenn die Ergebnisse der ersten zehn Monate der Berechnung für das ganze Jahresergebnis zu Grunde gelegt werden, noch immer gegen den Etatsauftrag ein Mehr von 28 Millionen, die Tabaksteuer ein solches von etwa 1 Million auf. Weniger bei der Braunitweinverbrauchsabgabe von 74 und bei der Stempelabgabe von 7,8 Millionen verbleiben würden. Die Zölle und die Tabaksteuer, die Braunitweinverbrauchsabgabe und die Stempelabgaben in Betracht. Die Zölle werden, wenn die Ergebnisse der ersten zehn Monate der Berechnung für das ganze Jahresergebnis zu Grunde gelegt werden, noch immer gegen den Etatsauftrag ein Mehr von 28 Millionen, die Tabaksteuer ein solches von etwa 1 Million auf. Weniger bei der Bra

